



Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: Gute Arbeit. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2014 in Hagen

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
was uns heute zusammenführt, das sind zwei Dinge, die zusammen gehören:

Gute Arbeit! Und ein soziales Europa!
Dafür erheben wir heute am 1. Mai unsere Stimmen.

Es ist auch immer der Tag, der uns an heftige Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite erinnert.

Lohnfortzahlung, Urlaub, Arbeitszeitverkürzung und vieles mehr: Das alles wurde uns nicht geschenkt!

Wir wollen: Gute Arbeit und ein gutes Leben und gute Politik für ein gutes Leben!

Wir haben jetzt fünf Monate Große Koalition erlebt.

Mit gemischten Gefühlen. Aber, nach den vier Jahren Schwarz/Gelb – aus unserer Sicht verlorene Jahre – stimmt jetzt zumindest die grobe Richtung schon mal.

Ihr wisst das besser als jeder Politiker: 45 Jahre harte Arbeit, das ist genug!

Das ist keine Frage von Wettbewerbsfähigkeit oder Haushaltspolitik.

Das ist eine Frage von Gerechtigkeit und von Respekt vor einer lebenslangen Leistung.

Ich sage: Die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren ist richtig und ich fordere die MdBs auf, den jetzt gefundenen Kompromiss im parlamentarischen Verfahren nicht wieder aufzuweichen.

Und ich sage auch: Was die üblichen Verdächtigen aus dem Unternehmerlager und ihre politischen Handlanger für eine Show abgezogen haben, das ist eine Schande!

Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Aus der hart erarbeiteten Rente, einen scheinbaren Konflikt der Generationen zu machen.

Tiefer kann man nicht sinken.

Wer Generationengerechtigkeit fordert, der muss doch vor allem eines tun: Dafür sorgen, dass die Jüngeren sichere und gut bezahlte Arbeit bekommen.

Ich frage: Wie soll man sich ein Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist? Wenn man sich in Leiharbeits- oder Werkverträgen in prekärer Beschäftigung verdingen muss?

Wie soll man eine Familie gründen, wenn man Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren? Wenn man von einer Befristung in die nächste wandert?

Wie soll man langfristig vorsorgen, wenn das Geld gerade so für den Monat reicht?

Erst, wenn DAS geklärt ist, wenn diejenigen, die für viel Geld große Anzeigen-Kampagnen gegen die abschlagsfreie Rente geschaltet haben, ihre Hausaufgaben gemacht haben, dann reden wir nochmal über Generationengerechtigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass diese Themen in der Offensive sind, das ist uns zu verdanken. Wir – die deutsche Gewerkschaftsbewegung, haben sie zum Gegenstand der Bundestagswahl-Kampagne gemacht.

Und auch, dass man von 3, 4 oder auch 5 Euro Stundenlohn nicht leben kann.

Endlich schieben wir sittenwidrigen Löhnen einen Riegel vor, so wie das in vielen anderen europäischen Ländern schon längst der Fall ist.

Jetzt müssen wir aber verhindern, dass der Mindestlohn in Deutschland nicht noch weiter durchlöchert wird und später nichts mehr übrig bleibt als Schweizer Käse.

Und die abschlagsfreie Rente und der Mindestlohn sind nur erste Schritte.

Die Politik soll nicht denken, dass sie mit dem bisschen Kitt und Kleber den Scherbenhaufen reparieren kann, den sie selbst verursacht hat!

Für eine demokratische und nachhaltige Marktwirtschaft in Europa und weltweit brauchen wir noch klare Regeln.

Wir brauchen einen Finanzmarkt, der den Menschen dient.

Wir wollen keinen Finanzmarkt, auf dem die Hoeneße dieser Welt zocken, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt. Und schon gar nicht wollen wir für deren Verluste gerade stehen.

– Wenigstens Hoeneß hat jetzt mal etwas Zeit, in aller Ruhe sein Gewissen zu befragen. –

Und wir müssen weiter kämpfen für einen geordneten Arbeitsmarkt.

Früher war Arbeit die Quelle von Wohlstand für viele. Und heute?

Viele sind arm trotz Arbeit. Viele müssen zum Amt gehen und aufstocken.

Heute heißt es: „Ich bin Leiharbeiter. Ein Arbeiter zweiter Klasse.“

Oder: „Ich arbeite über Werkvertrag. Keiner vertritt meine Interessen.“

Bei der Leiharbeit sind wir zwar schon einen guten Schritt vorangekommen.

Nun ist es aber an der Zeit, endlich auch den Missbrauch durch Werkverträge zu verhindern!

Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der die notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

Für gute, faire und sichere Arbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das muss endlich auch in den Köpfen der Unternehmer ankommen!

Wir akzeptieren nicht, dass die Gewinne der Unternehmen ständig steigen, während Löhne stagnieren und Investitionen sinken.

Wir akzeptieren nicht, dass das Geld, das wir Beschäftigten erwirtschaften, in Steueroasen versickert oder es sich die Reichen gleich selbst in die Tasche stecken, statt in die Betriebe zu investieren.

Eigentum verpflichtet. Denn ohne Investitionen wird Deutschland nicht mehr lange ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleiben.

Das gilt übrigens auch für den Staat:

Straßen, Brücken, Schulen: Die Infrastruktur ist in vielen deutschen Städten marode und die CDU ist noch stolz darauf, wenn weiterhin am falschen Ende gespart wird.

Gerade in der Krise hat sich doch gezeigt, wie wichtig öffentliche Investitionen sind.

Wir haben in der Krise unseren Beitrag geleistet: Wir haben Arbeitszeit verkürzt und auf hohe Lohnforderungen verzichtet. Wir haben Fehler ausgebügelt, die andere verursacht haben. Wer aber meint, jetzt müsse nichts zurückkommen, der hat sich getäuscht! Auf diese Art von Sozialpartnerschaft können wir verzichten.

Ich sage es ganz deutlich: Zurückhaltung war gestern! Das ist für die konjunkturelle Entwicklung bei uns notwendig, aber auch, damit die europäischen Südländer wieder auf die Beine kommen: Rauf mit den Löhnen in Deutschland und rauf mit den Investitionen in den Betrieben, in die Bildung und in eine zukunftsfähige Infrastruktur!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst haben wir mal wieder einen Kraftakt erlebt.

Allein zur zweiten Warnstreikwelle habt Ihr – liebe ver.di-Kolleginnen und Kollegen – über 200.000 Beschäftigte auf die Straße geholt.

Und Ihr habt anständige Entgelterhöhungen rausgeholt.
Einen einheitlichen Urlaubsanspruch und die Verlängerung der Übernahmegarantie.

Das zeigt wieder einmal: Wenn wir zusammen stehen, dann nimmt uns niemand die Butter vom Brot. Das zeigt: Ohne Druck passiert halt nichts!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wenn wir am 1. Mai von Demokratie sprechen, dann erinnern wir uns immer daran,
dass dieser Tag auch missbraucht wird: Von den Feinden der Demokratie am
rechten Rand, nicht nur hier in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Gemeinsam kämpfen wir deshalb in Europa gegen die braune Pest und für eine
freie, soziale und gerechte Gesellschaft!

Rechtsextremes Denken, Rassismus, nationale Überheblichkeit, religiöser
Fanatismus, sexuelle Diskriminierung, haben in Europa keinen Platz, liebe
Kolleginnen und Kollegen. In Deutschland wollen insbesondere die NPD-Anhänger
auf der Flamme sozialer Ängste ihre braune Suppe kochen.

In anderen Ländern gibt es ähnliche Gruppierungen, die sich jetzt auch noch
länderübergreifend zusammen tun und hoffen, ihren Mist im neugewählten
Europäischen Parlament ab dem 25. Mai zu verbreiten.

Den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Wurzeln nicht in Deutschland haben, kann
ich nur sagen: Wir Gewerkschafter stehen zusammen, hier in Deutschland, in Europa
und in der ganzen Welt. Gegen jede Form von Ausgrenzung!

Wir wissen: Der Sieg über den alten und neuen Faschismus muss in den Köpfen
gewonnen werden.

Viele von denen haben ihre Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn
getauscht.

Sie verbergen ihre Botschaften hinter geschliffener Rhetorik. Sie heißen NPD in
Deutschland, „Partei für die Freiheit“ in den Niederlanden, „Schwedendemokraten“ in
Schweden. Sie alle wollen ins Europäische Parlament oder „Front Nationale“ in
Frankreich.

Sie präsentieren sich als „Kämpfer für soziale Gerechtigkeit“.
Entlarven wir ihre Lügen!

Nazis und rechte Demagogen gehören nicht ins Parlament!

Eine Konsequenz muss daher sein, dass die NPD und ähnliche Gruppierungen, dass alle faschistischen Organisationen in Europa endlich verboten werden.

Die Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ hat in Deutschland seit der Wiedervereinigung 184 Todesopfer rechter Gewalt gezählt. Zehn davon gehen auf das Konto der NSU. Es bleibt dabei – und wir sagen es immer wieder: Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen!

Kolleginnen und Kollegen,

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit haben in Südeuropa dramatisch zugenommen. Das ist die Folge der falschen Antikrisenpolitik.

Die Krisenländer wurden gezwungen, das Arbeitsrecht zu lockern, die Löhne zu senken und den Sozialstaat zu beschneiden. In allen Krisenländern wurden die Gewerkschaften geschwächt.

Aber: Angriffe auf Löhne und Tarifautonomie stoßen auf den entschiedenen Widerstand aller Gewerkschaften in ganz Europa. Massenarbeitslosigkeit und Armut in Südeuropa – aber auch in Mittel- und Osteuropa – treibt die Menschen dazu, sich im übrigen Europa Arbeit zu suchen.

Heute – am 1. Mai – blicken wir auf 10 Jahre Osterweiterung der EU zurück.

Damals wurden Horrorszenarien an die Wand gemalt, um die Freizügigkeit zu diskreditieren. Abertausende Arbeitssuchende würden Deutschland "überfluten". Heute wissen wir, dass das nicht der Realität entspricht.

Die große Mehrheit der Zuwanderer findet einen Arbeitsplatz, zahlt Steuern und Sozialversicherung und trägt zum Gelingen des Gemeinwesens bei.

Aber es gibt trotzdem noch viel zu tun.

Viele Armutsflüchtlinge werden systematisch von Schleppern, Vermittlern und Betrieben, in den Herkunftsländern und in Deutschland, ausgepresst und um ihre Rechte gebracht.

Man muss es so deutlich sagen. Hier geht es um organisierte Kriminalität, mit Profiten wie im Drogenhandel.

Migrantinnen und Migranten sind keine Menschen 2. Klasse. Sie sind seit Jahrzehnten unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben.

Sie sind uns willkommen.

Und die, die jetzt Opfer krimineller Profiteure werden, weil sie grenzüberschreitend einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Armut suchen, brauchen unsere Solidarität.

Die Kommunen müssen finanziell unterstützt werden.

Den Profiteuren muss die Politik einen Riegel vorschieben!

Wir sagen „Nein“ zu Menschenhandel und Ausbeutung in Deutschland, Europa und weltweit!

Dazu gehört natürlich auch eine Flüchtlingspolitik, die diesen Namen verdient und nicht auf Abschreckung und Repression setzt, wie wir es gerade erleben.

Es ist ein unglaublicher Skandal, was in Lampedusa und anderswo geschieht. Diese „Festung Europa“ wollen wir nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstiegsängste sind der Nährboden, auf dem braunes Gedankengut, auf dem Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gedeihen.

Die Krise in Europa ist nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Krise.
Sie ist auch eine politische und soziale Krise!

Am 25. Mai, also in knapp drei Wochen, sind die Wahlen zum Europäischen Parlament. Keine der bisherigen Wahlen zum Europaparlament hat in einem schwierigeren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld stattgefunden.

Die Erfolge der Front National in Frankreich, der goldenen Morgenröte in Griechenland, der FPÖ in Österreich oder von Geert Wilders sogenannter „Partei für die Freiheit“ alarmieren uns.

Ich habe die Befürchtung, dass das „Europäische Projekt“ ernsthaft gefährdet ist. Dass wir etwas aufs Spiel setzen, was Generationen vor uns mit einem klaren Ziel aufgebaut haben.

Das Ziel war: Ein gemeinsames und solidarisches Europa, das nach zwei desaströsen Weltkriegen auf Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit aufbaut.

Wir alle müssen die Befürchtung haben, dass wir um Jahrzehnte zurück geworfen werden, wenn die Antieuropäer ins Europäische Parlament einziehen.

Nicht die Sparpolitik mit ihren verheerenden Auswirkungen ist der Schlüssel zur Krisenlösung, sondern im Gegenteil: Wir brauchen endlich einen europäischen Kurswechsel hin zu Wachstum und Investitionen!

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage in vielen Ländern darf es dieses „Weiter so“ nicht geben!

Ich sage es nochmal ganz deutlich: Es geht nicht "nur" um Arbeitslosigkeit. Es geht in vielen Ländern Europas mittlerweile um Armut und Elend!

Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft innerhalb der Länder, aber auch zwischen den Staaten Europas.

Deutschland tut so, als wäre die Krise bewältigt. Diese Krise ist aber längst noch nicht bewältigt! Das ist keine Polemik.

Die Wirklichkeit hat es bewiesen: Die neoliberale Sparpolitik hat die Krise nicht gelöst.

Fast 20 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. Neun Millionen Jugendliche stehen auf der Straße. Wie blind müssen Politiker sein, um das nicht zu sehen? Das ist eine soziale Katastrophe! Aber es ist keine Naturkatastrophe! Für die Folgen der sozialen Verwerfungen sind Menschen verantwortlich.

Menschen, die immer noch glauben, über Kürzen beim „kleinen Mann“ käme man zu wirtschaftlichem Erfolg.

Menschen, die auf der einen Seite sagen, die einfachen Bürger Europas haben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und das müsse jetzt korrigiert werden.

Und auf der anderen Seite die hemmungslose Zockerei auf den Finanzmärkten zugelassen haben.

Das ist doch der eigentliche Skandal!

Wann haften denn endlich die Banken für die Krise?

Wann gibt es denn endlich höhere Steuern für Reiche?

Wann werden denn endlich die Steueroasen trocken gelegt?

Hier muss doch mal rangegangen werden!

Und nicht bei denen, die ohnehin schon zu wenig zum Leben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich appelliere deshalb an die Regierungen und die EU-Kommission:

Beschäftigt Euch mit den wirklichen Problemen der Menschen.

Der DGB hat mit seinem „Marschallplan“ konkrete Vorschläge zur Bewältigung der Krise vorgelegt.

Was nicht hilft: Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird den falschen wirtschaftspolitischen Weg der EU nicht heilen. Und darum werden wir uns entschieden gegen dieses neoliberale Freihandelsprojekt einsetzen.

Wir brauchen vielmehr eine Industriepolitik, die dazu geeignet ist, Wachstum und Beschäftigung für alle Europäer zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen ein Europa, das die Finanzmärkte reguliert. Es ist die Finanzwirtschaft, die mit ihrer Zockerei diese Krise maßgeblich verursacht hat. Wir wollen deshalb, dass die Krisenverursacher an den Kosten beteiligt werden!

Wir wollen ein Europa, das die sozialen Missstände bekämpft, insbesondere die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in vielen unserer Nachbarstaaten, die teilweise bei fast 60 Prozent liegt.

Wir wollen ein Europa, in dem die Menschen mit guter Arbeit ein gutes Leben führen können.

Wir wollen ein Europa, das demokratisch ist, in dem die Bürger mehr Mitsprache haben als die Unternehmen und Banken!

Am 25. Mai ist die Europawahl. Ich werde wählen gehen.

Parteien, wie die AfD, die vorgeben, europakritisch zu sein, die aber in Wirklichkeit gar keine europäische Einigung wollen und für die Probleme Europas auch keine Lösungen haben, verdienen unsere Stimme nicht.

Wir müssen das Europäische Parlament mit unserer Stimme weiter stärken. Das Europäische Parlament braucht endlich das Recht, eigene Gesetzesinitiativen vorzulegen und zu beschließen.

Das ist ja wohl ein Mindestmaß des demokratischen Miteinanders!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich meine, dass in vielen Bereichen Kritik an der EU erforderlich ist.

Aber: Frieden, Wohlstand und die Sicherung sozialer Standards gibt es auch in Deutschland nur, wenn Europa zusammenarbeitet und weiter zusammenwächst. Das können wir nur gemeinsam erreichen!

Wir werden unser Europa weder den Neofaschisten noch den Marktradikalen überlassen!

Deshalb fordere ich Euch eindringlich auf, Euch an der Wahl zu beteiligen. Die Wahl zu ignorieren heißt, die Falschen zu stärken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir dürfen jetzt nicht nachlassen.

Wir haben Herkules-Aufgaben vor uns, wenn wir Gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und ein soziales Europa wollen! Aber ich bin überzeugt: Wir können das durchsetzen! Wir als europäische Bürger, als Beschäftigte und Gewerkschafter. Jeder muss sich einmischen!

Für faire Löhne – gegen Lohndumping!

Für sichere Jobs – gegen prekäre Beschäftigung!

Für gute Arbeit – gegen Arbeit, die krank macht!

Für den aufrechten Gang bei der Arbeit – gegen Stillhalten und für mehr Mitbestimmung.

Für Toleranz – gegen Hass und Rassismus.

Für ein geeintes Europa – gegen die Spaltung der Völker.

Danke schön. Glück auf!